



Bereich: Finanzen
Az: 20
Datum: 12.10.2006

2006/243
öffentlich

Sitzungsvorlage

Beratungsfolge	Datum	TOP-Nr.
Haupt- und Finanzausschuss	31.10.2006	
Rat der Stadt	02.11.2006	

Betreff

Finanzcontrolling: Unternehmensbericht Oktober 2006

Finanzielle Auswirkungen

☒ keine haushaltsmäßige Berührung

☐ Auswirkungen siehe Sachverhalt

Beschlussvorschlag

Der Rat der Stadt nimmt den Unternehmensbericht Oktober 2006 zur Kenntnis.

Beisenherz

Sachverhalt

Der Unternehmensbericht prognostiziert

für den **Verwaltungshaushalt** **Budgetverbesserungen** von **rd. 761 T€** und
für den **Vermögenshaushalt** **Budgetverschlechterungen** von **rd. 237 T€**.

Gegenüber dem letzten Controllingbericht – Stand August 2006 – hat sich das Ergebnis des Verwaltungshaushaltes (08/06 = -1.501 T€, 10/06 = 761 T€) wesentlich verbessert. Danach ist mit einem deutlich besseren Ergebnis zu rechnen, insbesondere verursacht durch eine überaus positive Entwicklung der Einnahmen beim Einkommensteueranteil (+ 1.320 T€) und weitere Einsparungen bei den Personalkosten (+ 779 T€).

Die bisher prognostizierte positive Tendenz im Vermögenshaushalt (08/06 = 302 T€) ist durch den nunmehr feststehenden Ausfall der Wohngeldentlastung durch den Kreis von rd. 1,13 Mio. € nicht mehr zu verwirklichen. Die derzeit kalkulierten Verschlechterungen von rd. 237 T€ werden im Rahmen der Jahresabschlussarbeiten/der Bildung von Haushaltsresten ausgeglichen werden können.

Verwaltungshaushalt

Die Prognose für das **Allgemeine Finanzbudget** weist für den **Verwaltungshaushalt** eine **Verschlechterung** von **rd. 396 T€** aus. Ursachen hierfür sind insbesondere Verschlechterungen von rd. 1.825 T€ durch Mehrausgaben bei der Kreisumlage, Abrechnungen Solidarbeitrag sowie durch Mindereinnahmen bei den Konzessionsabgaben, Dividenden und Schlüsselzuweisungen Land. Demgegenüber stehen Verbesserungen von rd. 1.429 T€ durch Mehreinnahmen beim Einkommensteueranteil sowie durch Minderausgaben bei Umsatzsteuererstattungen sowie Kreditzinsen.

Der **Verwaltungshaushalt** für die **Unternehmenszentrale** weist eine **Verbesserung** von **rd. 905 T€** aus. Diese Prognose geht aus von Verbesserungen von rd. 909 T€ durch Mehreinnahmen bei den Mieten/Pachten, Kostenerstattungen, Versicherungsleistungen, Erstattungen GKD-Umlagen, Kostenerstattungen EUV, Stundungszinsen, Hebegebühren und sonstigen Finanzeinnahmen sowie durch Minderausgaben für Personalkosten und bei den Geschäftsausgaben. Diesen Verbesserungen stehen Verschlechterungen von rd. 4 T€ durch Mindereinnahmen aus Erstattungsleistungen durch den EUV gegenüber.

Der **Betrieb 1** prognostiziert eine **Verbesserung** von **rd. 333 T€**. Ursachen hierfür sind Mehreinnahmen von rd. 492 T€ durch Gebühren Spielhallenerlaubnisse, Kostenerstattungen, Benutzungsgebühren Obdachlose, Bädereinnahmen sowie durch Minderausgaben bei lfd. Hilfen für geduldete Ausländer/Typ A, lfd. Hilfen für geduldete Ausländer/Typ E und F, für Kurse/Veranstaltungen sowie Verrechnungen mit dem Land und bei den Zuschüssen für Pachtkosten/Jugendarbeit Sportvereine. Verschlechterungen von rd. 159 T€ ergeben sich aus Mehrausgaben bei den Geschäftskosten sowie durch Mindereinnahmen bei den Verwaltungsgebühren, Kostenerstattungen durch den Kreis, Sondernutzungsgebühren, Verwarnungs- und Bußgeldern, Kostenerstattungen Land für Asylbewerber/Typ A, Benutzungsgebühren Übergangsheime sowie den Rettungsdienstgebühren.

Im **Betrieb 2** ergibt sich eine **Verbesserung** von **rd. 17 T€**. Diese Prognose geht aus von Verbesserungen von rd. 152 T€ durch Mehreinnahmen bei den Personalkostenerstattungen durch die ARGE/Vestische Arbeit sowie Geltendmachung von Unterhaltsansprüchen. Verschlechterungen von rd. 135 T€ treten durch Mehrausgaben bei den flexiblen Haushaltsmitteln Schulen sowie bei den Kosten der Hilfen zur Erziehung ein.

Der **Betrieb 3** meldet **Verschlechterungen** von **rd. 98 T€** im **Verwaltungshaushalt** durch Mindereinnahmen/Mehrausgaben Umlegungsverfahren sowie Mindereinnahmen bei den Ablösebeiträgen des Landschaftsverbandes für die Straßenentwässerung. Demgegenüber stehen Verbesserungen durch Mehreinnahmen bei den Vermietungserlösen, Zwangs- und Bußgeldern und Verwaltungsgebühren.

V e r m ö g e n s h a u s h a l t

Im **Vermögenshaushalt** des **Allgemeinen Finanzbudgets** ergeben sich **Verschlechterungen** von **rd. 707 T€** durch Mehrausgaben bei der Beteiligung an der Krankenhausfinanzierung und Ausfall der Wohngeldentlastung durch den Kreis. Mehreinnahmen fallen an durch zusätzliche Grundstückserlöse sowie Minderausgaben bei Renten aus Grundstückskäufen.

Die **Unternehmenszentrale** meldet eine **Verbesserung** von **rd. 292 T€** durch Mehreinnahmen für Entschädigungsleistungen Bergschäden.

Im **Betrieb 1** ergeben sich **Verbesserungen** von **rd. 7 T€** durch Minderausgaben bei Beschaffungen ADV/Ausstattungsgegenständen.

Für den **Vermögenshaushalt** des **Betriebes 2** ergeben sich **Verbesserungen** von **rd. 160 T€** durch Mehreinnahmen aus Landesmitteln für die offene Ganztagschule.

Der **Betrieb 3** prognostiziert für den **Vermögenshaushalt** eine **Verbesserung** von **rd. 11 T€**. Diese Verbesserung ist auf Mehreinnahmen von rd. 183 T€ durch Zahlungen aus der Abwicklung von Baumaßnahmen, Landeszuwendungen Dachbegrünung HS Uferstr. und Ausbau Bahnhofstr. sowie nicht eingeplantem Zuschuss Energiefonds Photovoltaikanlage FNR zurückzuführen. Demgegenüber stehen Verschlechterungen von rd. 172 T€ durch Mehrausgaben bei Grunderwerbskosten Altstadttring und durch Rückzahlungen überzahlter Landeszuwendungen Ausbau Busbahnhof sowie durch Mindereinnahmen bei der Erhebung von Erschließungsbeiträgen sowie von KAG-Beiträgen.

Anlagen

